



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

χ. ρ.: Vom preußischen Landtage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Vom preussischen Landtage.

Berlin, 25. November.

Eine bewegte Woche! Viel Freude aber wird schwerlich Jemand an ihr gehabt haben. Beginnen wir mit dem Unerquicklichsten, zumal es gleichzeitig das Wichtigste ist! Nicht zum ersten Male hat der „Welfenfonds“ die Kosten einer Sensationsdebatte getragen. Wiederholt ist er der Gegenstand von Interpellationen in beiden Häusern des Landtags gewesen; unzählige Male hat er als „Reptilienfonds“ oppositionellen Rednern zum letzten Trumpf dienen müssen. In der That, über die Verwendung der Zinsen jener 16 Millionen Thaler, welche dem König Georg als Abfindung bestimmt, alsbald aber wegen seiner fortgesetzt feindseligen Haltung gegen Preußen mit Beschlag belegt wurden, gehen die seltsamsten Gerüchte. Nach dem Gesetz sollen aus ihnen die Kosten für Maßregeln zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten bestritten, der verbleibende Rest aber zu dem Vermögen geschlagen werden. Ohne Zweifel gestattet diese weitherzige Bestimmung eine große Latitudo in der Disposition über die betreffenden Mittel, aber jene Gerüchte wollen von Verwendungen wissen, welche allerdings auch die kühnste Interpretation nicht mit dem gesetzlich fixirten Zwecke in Einklang bringen würde. Nicht etwa die Besorgniß, daß das Vermögen des Königs Georg um einen Theil des ihm zukommenden Zinsbetrages verkürzt werde, wohl aber das Interesse, welches jede Volksvertretung daran haben muß, daß ihrer Regierung keine weiteren Summen zur Verfügung stehen, als welche sie ihr bewilligt hat, läßt allerdings einen klaren Einblick in die Verwaltung der Zinsen jener Fonds sehr wünschenswerth erscheinen, ganz abgesehen davon, daß es auch der Regierung nur nützen könnte, wenn so manches entweder ganz unbegründete oder wenigstens übertriebene Gerücht, welches sich an den „Reptilienfonds“ geknüpft hat, am hellen Licht des Tages widerlegt würde. Allein die Regierung hat sich stets darauf berufen, daß eine Verpflichtung zur Rechnungslegung über die in Rede stehenden Gelder für sie nicht bestehe, und deshalb jede Auskunft über die Verwendung derselben verweigert. Will man gerecht sein, so muß man bedenken, daß sehr wohl ernste Rücksichten auf unsere äußeren Beziehungen ihr verbieten können, die gewünschten Mittheilungen zu machen. Genug, nach allen bisherigen Erfahrungen wußte ein Jeder, wie die Regierung eine erneute Anfrage wegen der Verwendung der Zinsen des Welfenfonds beantworten würde. Wenn trotzdem die Fortschrittspartei eine derartige Interpellation einbrachte, so war die Regierung, nach dem ihr von dieser Seite erteilten Mißtrauens-

votum, allerdings zu der Annahme berechtigt, daß man ihr nur Verlegenheiten zu bereiten beabsichtige. Um denselben zu entgehen, so blieben die Minister der Verhandlung über die Interpellation überhaupt fern, und es wurde der die Beantwortung ablehnende Staatsministerialbeschluß durch den Unterstaatssekretär des Staatsministeriums verlesen.

Korrekt war diese Demonstration der Regierung ohne Zweifel nicht. So wenig unsere inneren Zustände an Erträglichkeit gewinnen würden, wenn die parlamentarische Majorität sich den Angriffen der Minorität durch Verlassen des Sitzungssaales entziehen wollte, ebenso wenig kann es nützen, wenn die Minister an ihre Adresse gerichtete unliebsame Erörterungen überhaupt nicht anhören wollen. Die Regierung sollte unseres Erachtens gerade in der gegenwärtigen kritischen Situation ein Vorgehen vermeiden, welches die Stellung ihrer Hauptstütze, der nationalliberalen Partei, nur erschweren kann. Eine andere Frage aber ist, ob der von der Regierung gemachte Fehler von dem Abgeordnetenhaufe eine Antwort erheischte, welche zum mindesten die Möglichkeit eines ernststen Konfliktes eröffnet hätte. Die Fortschrittspartei, vielleicht auch Herr Virchow auf eigene Faust, brachte eine solche Antwort in Vorschlag. Die Besprechung der Interpellation sollte vertagt, die Minister sollten zum Erscheinen im Hause aufgefordert werden. Nach Art. 60 der Verfassung kann jedes der beiden Häuser des Landtags die Gegenwart der Minister verlangen. Seinem Sinne nach, wie Angesichts der thatfächlichen Gestaltung der Beziehungen zwischen Regierung und Volksvertretung kann indeß dies Recht nur als ein äußerstes Zwangsmittel gelten, dessen Anwendung in Wirklichkeit bereits ein Konfliktverhältniß vorausgesetzt, ein Verhältniß, in welchem es der Volksvertretung zweckmäßig erscheinen mag, der Regierung ihre Macht fühlen zu lassen. Ein solches Verhältniß lag bis dahin zwischen der Majorität des Abgeordnetenhauses und der Regierung nicht vor und konnte auch jetzt durch die etwas geringschätzig Behandlung einer nicht von der Majorität ausgegangenen Interpellation, wie sehr man diese Behandlung auch tadeln mag, nicht als geschaffen erachtet werden. Unseres Bedünkens durfte daher kein Politiker, dem es nicht um Opposition und Konflikt um jeden Preis zu thun ist, dem Antrage Virchow seine Unterstützung leihen; die nationalliberale Partei hätte ihn, wäre er zur Abstimmung gelangt, ablehnen müssen. Auf Grund der Bestimmung der Geschäftsordnung, nach welcher bei der Besprechung von Interpellationen Anträge überhaupt nicht gestellt werden dürfen, wurde er indeß zur Abstimmung gar nicht zugelassen. Fortschritt und Centrum wollten freilich diese Ausschließungsbestimmung nur als auf materielle, den Gegenstand der Interpellation betreffende Anträge anwendbar anerkennen; die Mehrheit ging jedoch von der Ueberzeugung aus, daß die Geschäftsordnung das Haus durch jene

Klausel vor übereilten und verhängnißvollen Entschliefungen habe bewahren wollen, und konnte somit auch die Zulässigkeit eines Antrages nicht zugeben, dessen Konsequenzen sich gar nicht übersehen ließen.

Der Sachverhalt ist so einfach und klar, daß man schwer begreift, wie selbst Leute, welche die politischen Dinge nicht mit der fröhlichen Harmlosigkeit des Doktrinärs, sondern mit gewissenhafter Abwägung der einander gegenüberstehenden realen Faktoren betrachten, die Handlungsweise der nationalliberalen Fraktion unverständlich finden. Der wüste Lärm, welcher in den Organen der Fortschrittspartei geschlagen wird, bedarf freilich nicht erst der Erklärung. Seit lange ist es die Taktik der fortschrittlichen Wortführer gegenüber der „befreundeten“ Partei, dieselbe in eine schroffe Oppositionsstellung zu verlocken, oder aber, wenn sie die zu dem Zweck gestellte Falle vermeidet, sie vor dem Lande des Verraths an der Würde der Volksvertretung, an den Rechten des Volkes anzuklagen. Wer unbefangenen Blickes dies ganze Treiben überschaut, wird erkennen, daß frivoler mit dem inneren Frieden nicht gespielt werden kann. Die nationalliberale Fraktion hat sich um das Wohl des Landes verdient gemacht, indem sie das Konfliktmanöver der Herren Birchow und Genossen vereitelte. Die letzteren sind infolgedessen nur umsomehr entschlossen, ihre Experimente zu wiederholen. Hoffen wir, daß die Regierung den Nationalliberalen die fernere Abwendung derselben erleichtert, indem sie die Formen der parlamentarischen Etikette den heftigeren Angriffen gegenüber nur um so peinlicher beobachtet!

Die Statsberathung, welcher wiederum die Hauptarbeit der Woche zufiel, war unfruchtbarer, als je. Drei Tage Kulturkampf und immer nur das alte Lied bei stets neuer Erregtheit. Bemerkenswerth ist die offene Kriegserklärung der sog. Konservativen an die Kirchenpolitik der Regierung. Im Uebrigen darf man aus den Verhandlungen die tröstliche Gewißheit entnehmen, daß trotz aller Machinationen, an der entscheidenden Stelle der Staatsgewalt keine Veränderung in der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit dieses welt-historischen Kampfes eingetreten ist.

Die erste Lesung der Vorlagen zur Ausführung der Reichsjustizgesetze gab verschiedenen Rednern, namentlich Lasfer, Gelegenheit zu eingehender Kritik. Das Schicksal der Entwürfe wird indeß voraussichtlich ein günstigeres sein, als es der infolge längeren Leidens etwas reizbare Justizminister unter dem rischen Eindrucke dieser Ausstellungen annehmen zu wollen schien. x. e.